

Industriepolitik: Konzepte und Kontroversen

DIETER REHFELD, ASTRID ZIEGLER

Industriepolitik ist hoffähig geworden. Sie ist spätestens seit der Finanz- und Weltwirtschaftskrise 2008/09 wieder auf der politischen und wissenschaftlichen Agenda. Diese gravierende Krise hat in den letzten Jahren sehr deutlich gemacht, wie zentral die Industrie mit ihrer Wertschöpfung für eine prosperierende Ökonomie ist. Eine solche Sichtweise wurde in der Vergangenheit allerdings nicht immer geteilt: Über Jahre hinweg widersprachen industriepolitische Aktivitäten dem gängigen neoliberalen Mainstream, dass es der Markt schon richten wird.

Dennoch gehören industriepolitische Maßnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland zu ihrem wirtschaftspolitischen Repertoire – selbst wenn sie in den vergangenen Jahrzehnten nicht unbedingt als solche benannt, sondern in anderen Politikfeldern wie der Innovations-, Technologie-, Cluster- oder Rüstungspolitik versteckt worden sind. Aktuell aber geht es darum, Industriepolitik strategisch zu machen, sie als eigenes Politikfeld umzusetzen.

Diese Herausforderung greift sowohl die Europäische Kommission mit ihrer Europa-2020-Strategie wie auch das auf Bundesebene im Mai 2015 gegründete Bündnis „Zukunft der Industrie“ auf. Beide Initiativen machen deutlich, dass man sich nicht nur auf die Bedeutung industrieller Produktion besinnt, sondern auch an den Weichenstellungen für die industrielle Zukunftssicherung arbeitet. Denn trotz des positiven Blicks auf die Industrie bleiben die Herausforderungen für die deutsche Industrie groß: Weltweite Überkapazitäten, neue technologische Entwicklungen, gesellschaftliche Zukunftsaufgaben (Klimawandel, Energiewende, Mobilität, demografische Entwicklung etc.) – um nur einige zu nennen – verlangen Antworten, die bisher nur sehr unzureichend gegeben werden. Sicher ist, dass Herausforderungen wie neue Mobilitätskonzepte, Klimawandel oder Energiewende ohne das innovatorische Potenzial der Industrie nicht gelöst werden können.

Daneben gibt es weitere gute Gründe, sich mit der Bedeutung der Industrie bzw. Industriepolitik zu beschäftigen, die bisher weniger Gegenstand der Diskussion sind. Hierzu gehört die generelle Bedeutung der Industrie im deutschen Innovationssystem, wozu gerade auch neue technologische und Dienstleistungsinnovationen zählen. Dazu gehört weiterhin die einkommens- und verteilungspolitische Bedeutung industrieller Beschäftigung. Zu nennen ist auch die Neustrukturierung von Wertschöpfungsketten, in deren Rahmen eine neue Arbeitsteilung zwischen industrieller Produktion, damit zusammenhängenden Dienstleistungen und informationstechnischer Vernetzung zu erwarten ist.

Industriepolitik diskussions- und strategisch zu machen, heißt zunächst, sie aus ihren bisherigen Zusammenhängen zu lösen und breiter zu denken. Industriepolitik muss eben mehr sein als Innovations- oder Technologiepolitik. Industriepolitik benötigt eine gesellschaftspolitische Einbindung. Es geht nicht um Arbeitskosten, sondern um die Qualität

künftiger Arbeit, es geht nicht um neue Technologien, sondern um die sich dahinter verborgenden Geschäftsmodelle, es geht nicht um unspezifische Innovationspolitik, sondern um den Beitrag von Innovationen in der Industrie zur Lösung gesellschaftlicher Herausforderungen.

Das konzeptionelle und programmatische Feld für eine Diskussion ist aufbereitet. Es geht nicht mehr um das „Ob“, sondern – wie es der US-Ökonom Joseph E. Stiglitz schon 2009 betonte – um die Frage nach dem „Wie“. Und hier stochern viele Verantwortliche in Politik und Ministerien im Nebel. Die konkrete Umsetzung hinkt der Programmatik weit hinterher.

Für die Antwort auf die Frage nach dem „Wie“ lassen sich aber durchaus Erfahrungen finden: aus den Politikfeldern, in denen Industriepolitik bisher eingebettet war. Ideen liefern vor allem die europäische Diskussion und Experimente in verschiedenen Ländern. Das alles ergibt zwar noch keinen kohärenten instrumentellen Rahmen oder „Baukasten“. Diesen zu kreieren, wird die zentrale kommende Herausforderung der neuen industriepolitischen Debatte sein. Und dabei gilt es auch, das Augenmerk zu richten auf den Spagat zwischen gesellschaftspolitisch fundierten strategischen Zielen der Industriepolitik und notwendigen Anpassungs- oder Übergangspolitiken, die angesichts der Krisenhaftigkeit einer kapitalistischen Wirtschaft immer wieder notwendig sind. Gelingt es nicht, die neue Industriepolitik instrumentell zu unterfüttern, dann besteht die Gefahr, dass die derzeitige Renaissance der Industriepolitik zur Eintagsfliege wird und sie weiterhin in anderen politischen Kontexten gefangen bleibt. Das vorliegende Schwerpunkttheft der WSI-Mitteilungen will Anregungen für den anstehenden Diskurs um eine „neue“ Industriepolitik geben. ■

KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

DIETER REHFELD, PD Dr., leitet den Forschungsschwerpunkt Raum und Kultur am Institut für Arbeit und Technik (IAT)/Westfälische Hochschule Gelsenkirchen. Arbeitsschwerpunkte: Regionale Innovationssysteme, Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung, soziale Innovationen.

@ rehfeld@iat.eu

ASTRID ZIEGLER, Dr., ist Ressortleiterin für Industrie-, Struktur- und Energiepolitik beim Vorstand der IG Metall und dort zuständig für Fragen der Industrie- und Verkehrspolitik sowie des industriellen Strukturwandels in den Branchen der Metall- und Elektroindustrie.

@ astrid.ziegler@igmetall.de